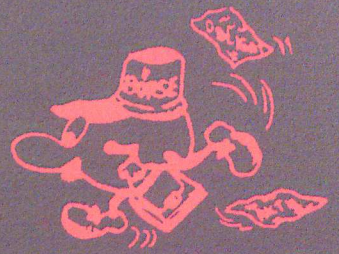


DER ROTE BÖRSENKRACH



Nachrichten aus Lehre, Wirtschaft und Gesellschaft

Zeitung der Basisgruppe Volkswirtschaft (RBK) - Mai 2000 - Preis: 5ÖS



WIDERSTAND!

Inhalte:

- 2 Editorial & Impressum*
- 3 Woher der Wind weht - FPÖVP*
- 4 Zur Verlogenheit des Spararguments*
- 5 Februar 2000 - Demos*
- 6 EMU 'Defizit Handel'*
- 9 Mergermania*
- 12 Kurssystem*
- 13 Mikro, Mikro, Mikro*
- 14 Personelles vom WiWi*
- 15 Gewinnspiel*
- 16 Warschau Exkursion*
- 18 Skandal um die AG*
- 19 BEIGEWUM Hinweis*

25_Jahre_RBK

Sondernummer, Dez. 1999

**restexemplare bei uns erhältlich!
bestellung über mail <rbk@lili.at>,
telefon (4277-19634) oder
persönlich [schildburg]**

Impressum: Medienhaber, Herausgeber und
Verleger: Fadinger Harald c./o.
Studienrichtungsvertretung Volkswirtschaft,
Alle: Dr. Karl Lueger Ring 1; 1010 Wien.
Layout: Trax; Druck: Börsedruck

Wir könnten gar nicht soviel fressen, wie wir kotzen könnten!

An dieser Stelle steht "normal" ein neutrales 'Hallo' - angesichts der abnormalen Regierungsverhältnissen muss diesmal ein zwar etwas ab- und ausgelutschter, jedoch umso zeitgemäßerer Spruch, herhalten.

Widerstand kostet Zeit! Deshalb gibt's erst jetzt, nach längerer Wartezeit, wieder einen Börsenkrach.

Inhaltlich geht es diesmal klarerweise um FPÖVP: Woher der Wind weht, wird ebenso erörtert wie die Sparpolitik. Demos sowieso.

Abseits davon gibt's jedoch noch sehr viel anderes zu lesen: einen Artikel über ein Konzept aus der Umweltökonomie - angewandt an den Maastrichter Stabilitätspakt (S.6). Quasi als Antwort:-) auf das neue Industrieökonomie Skriptum von D.C.Mueller folgt ein Kommentar zu der anhaltenden Mergerwelle (S.9). Anschließend Artikel zu den leidigen Dauerbrennern Mikroökonomie und Kurssystem - Wird je ein RBK erscheinen, in dem wir uns nicht über diese zwei Themen aufregen müssen?

EinE neueR ProfessorIn wird kommen (oder auch nicht), ein 'Alter' wird gehen (schon eher fix) - mehr dazu auf Seite 14.

Nach Berichten über die Warschau Exkursion im Rahmen des Seminars aus "Transition Economics" im Februar (S.16) und über den Skandal der ÖVP-Studentenfraktion (AG) an der Uni Wien (S.18), folgt schlussendlich ein Hinweis auf eine höchst interessante Veranstaltung des BEIGEWUM Ende Mai (S.19): "Osteuropa zwischen Integration und Desintegration". Der RBK empfiehlt: hingehen!

Abschließend noch der Hinweis, dass hier weder die alten noch die neue Rechtschreibregeln konsequent befolgt werden. Trotzdem - viel Spaß beim Lesen!

Euer RBK Redaktionsteam

“Unser Land mit Fleiß und Genügsamkeit aufbauen”

(Mao Tse-Tung)

Woher der Wind weht!

Hundert Tage Blau - Schwarz. 100 Tage “Reformen” im Dienste der Reaktion.

Weder offener Nationalsozialismus noch Austrofascismus sind in Österreich ausgebrochen, doch was seit 100 Tagen an “Reformen” geplant, präsentiert und durchgeführt wurde zeigt woher der Wind weht! Was niemand zu denken wagte ist eingetreten. Die FPÖ unter Jörg Haider ist Teil einer österreichischen Bundesregierung. Trotz nationaler und internationaler Proteste ist eine Partei am Ruder, die Hitlers Beschäftigungspolitik ordentlich findet, die meint ein NAZI sei neu, attraktiv, zielstrebig und ideenreich, eine Partei die Orte der Massenvernichtung als Straflager verharmlost und SSlern wegen ihrer aufrechten Gesinnung Lob ausspricht, eine Partei, die...

Für den Partner dieser Partie, die von Revanchegelüsten, Minderwertigkeitskomplexen

und pathologischem Sozihass getriebene ÖVP, ist das alles kein Hindernis: Irgendwann müsse man doch einen Schlusstrich unter die Vergangenheit ziehen, und Dollfuß war schließlich auch ein großer Staatsmann (145cm).

Offener Nationalsozialismus oder Austrofascismus bricht deshalb in Österreich nicht aus aber die geistige Nähe zur Politik ihrer Vorgängerorganisationen läßt sich in fast jedem Detail des blau-schwarzen “Reformprogrammes” erkennen:

Harmonie der Stände

Sämtliche Arbeitsmarkttagenden wurden dem Wirtschaftsministerium übertragen. Die Arbeiterkammer, eine wichtige Vertretung der ArbeitnehmerInnen (zum Beispiel Gratis Rechts-

vertretung in Arbeitsrechtangelegenheiten) und höchst unbqueme Kritikerin des Regierungsprogrammes, steht kurz vor der finanziellen Zerschlagung.

Einen Konflikt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hat es schließlich im Verständnis österreichischer Konservativer noch nie gegeben. Ein anständiger Unternehmer zahlt ohnehin einen gerechten Lohn, und wer fleißig ist wird sich nicht beklagen müssen.



Menschen auf den Straßen...

leben wissen! Fallen schließlich die ersten Zivildienster dem Hungertod zum Opfer, so regelt sich die Problematik der freien Zivildienstplätze beinahe von selbst. Ist das Angebot an Zivildienern zu gering, kann sich die Regierung ja allemal noch an den Arbeitslosen schadlos halten -

Kraft durch Arbeit

Zwangsarbeit statt Arbeitsmarktpolitik! Dann noch einen schönen Namen (Bürgergeld), sowie eine Bezahlung weit unter dem gesetzlich geregelten Kollektivvertrag -und alles wird gut. Schließlich ist Arbeitslosigkeit mit Arbeitsunwilligkeit gleichzusetzen. Und es geht ja nicht an, sich auf Kosten der Gesellschaft auszuruhen (Beispielsweise nach einer Werksschließung).

Keine Gnade für Deserteure

Zivildienst, ein Dorn im Auge jedes rechten Österreichers. Die faulen, langhaarigen Drückeberger sollen endlich mal spüren wo der Bartel den Most herholt. Wer anstatt mannhafter Wehrsportübungen lieber Alten oder Behinderten den Hintern auswischt, Rettungswägen von Erbrochenem und Blut befreit, der wird wohl auch mit 43 öS am Tag zu

Mutterprämien

Soziale Treffsicherheit - wie sonst überall als Argument für Kürzungen vorgeschoben - ist bei der geplanten Einführung des Karenzgeldes für alle offenbar kein Kriterium. Eine Frau ist eine Ehefrau und wenn sie brav Kinder in die Welt setzt kriegt sie zwar kein Mutterkreuz, aber immerhin eine kleine Pension. Denn: "Unser Ziel kann nicht darin bestehen, Frauen zu überemanzipierten, frustrierten Alleinerziehrinnen verkommen zu lassen" - Elisabeth Sickl.

Sparsamkeit ist (ebenso wie Reinlichkeit und Pünktlichkeit) eine Tugend

Mit dem Hinweis man müsse sparen läßt sich momentan fast alles verkaufen. (Siehe auch Box rechts) Der Spargedanke ist die beste Tarnung für einen gesellschaftspolitischen Kahlschlag. Ein Frauenhaus, Zivildienster oder eine Flüchtlings-einrichtung müssen den Gürtel eben einmal enger schnallen. Bei der pflichtbewussten Polizei, dem tapferen Soldaten oder dem gläubigen Bauern käme niemand auf die Idee. Die machen ja anständige Arbeit und wählen die richtigen Parteien.

Liebe zur Nation

Jede Kritik des Auslands an Österreich, insbesondere seinem Umgang mit der Nazivergangenheit oder dem wiedererstarken rechtsextremen Kreise, ist für Blau - Schwarz ein Beweis für eine internationale Verschwörung:

Schon wieder eine Kämpfahn (campaign) gegen die teure Heimat. Die sozialistische Internationale und namhafte geldgierige Ostküstenkreise blasen zum vernichtenden Sturm auf unser schönes Donauwalzerland. Unterstützt werden sie dabei von sozialistischen Österreichvernaderern und grünen Nestbeschmutzern

Schluss damit!

**Papa, woher
Weht der Wind?**



Zur Verlogenheit des Spararguments:

Das Budgetdefizit ist zu hoch, deshalb muss gespart werden! Angenommen ein ausgeglichenes Budget ist wirklich unumgänglich (was an sich schon zu diskutieren wäre) bedeutet das: alle müssen den Gürtel enger schnallen. Richtig? - Falsch!

Gespart wird bei gesellschaftlich unliebsamen Gruppen. Das Argument des Sparens dient lediglich als billiger Vorwand für einen radikalen gesellschaftspolitischen Umbau und sozialen Kahlschlag.

Sparen müssen potentielle Kritiker dieser Regierung. "Freunden" der Regierung hingegen wird durch eine massive Ausdehnung staatlicher Subventionen das Leben versüßt:

Agrarsubventionen werden ausgeweitet, Kinderkriegen wird durch ein teures Familienpaket nach dem anderen belohnt, und den Unternehmern werden durch kräftige Senkungen der Lohnnebenkosten höhere Profite garantiert.

Nicht umsonst hält der Rat der EU Wirtschafts- und



Finanzminister Ecofin in seinem jüngsten Papier zur österreichischen Budgetkonsolidierung fest: "Die defizitreduzierenden Maßnahmen werden teilweise durch defiziterhöhende Maßnahmen konterkariert."

Ein Staat ohne Staatsschuld tut entweder zu wenig für seine Zukunft, oder er fordert zuviel von seiner Gegenwart.

Lorenz von Stein (1878)

Maßnahmen wie die geplanten Familienpakete werden den Haushalt über die Legislaturperiode hinaus beeinträchtigen"

Gespart wird wo man(n) will. Die Ausgaben werden erhöht wie man(n) will - Maastricht hin oder her. Finanzminister Grassner gab dies nach der Ministeratssitzung vom 9.5. 2000 auch offen zu: Es handelt sich um eine Frage der Prioritätensetzung.

Februar 2000

Eine Sichtweise...

Spontandemo! Angefangen hat alles mit einer Spontandemo. Am Montag vor dem verhängnisvollen schwarzblauen Freitag (dem 7. Februar) erreichten mich die ersten Vorboten des bevorstehenden Aufstands der oftmals diffamierten "Internetgeneration". Gleich mehrere dieser zwar kurzen, aber dafür sehr informativen elektronischen Nachrichten erinnerten mich wiederholt daran am Mittwoch doch auf diese Demo zu gehen. Nichts besonderes. Aber hingegangen bin ich trotzdem.

Szenenwechsel

Ich befand mich gerade auf dem Heimweg. Erschöpft von mehr als zwölf Stunden Demoeinsatz bewegte ich meine müden Füße in Richtung U3 Station Volkstheater als mir die heruntergelassenen Gitter am Stationseingang wieder bewusst machten, dass ich doch noch nicht in meinem Bett liege und friedlich vor mich hin schlummere. Ganz im Gegenteil! Von friedlich schlummern kann nach so einem Tag wirklich nicht mehr die Rede sein. Zumindest nicht in bezug auf mein Gefühlsleben. Plötzlich war ich wieder total aufgewühlt, unruhig und voller Tatendrang. Ich hatte das Gefühl an etwas wirklich Großartigem beteiligt gewesen zu sein. Mit Freude erinnerte ich mich an den Moment an dem die Masse unzufriedener, besorgter und zorniger Menschen spontan vom Ballhausplatz auf den Ring marschierte und dort riesige Autokolonnen zum stehen gebracht hat, um dann in fast schon triumphzugsartiger Manier ihren Weg über den Ring fortzusetzen. Das alles war für mich wie ein großes Aufatmen. Ein Befreiungsschlag. Begleitet von den ersten frühlingsverheißenden Sonnenstrahlen durch die Stadt zu ziehen und aller Welt zeigen zu können, dass ich mit der politischen Entwicklung in diesem Land absolut nicht einverstanden bin und bereit bin etwas dagegen zu unternehmen. Endlich aus dem stillen Kämmerchen herauskommen zu können und mir selbst beweisen zu können, dass ich diese täglichen Lügen nicht weiter tatenlos hinnehmen muss. Endlich die Möglichkeit zu haben all diese glitschigen, verlogenen Schleimattacken unserer neuen Bundesregierung abzuschütteln und klar und deutlich zu zeigen, dass frau/man so ein Kasperltheater nicht akzeptieren kann und wird. Als meine Gedanken schon soweit abgeschweift waren, dass ich mich in irgendwelchen verklärten Jugenderinnerungen meiner Eltern wiederfand, riss mich eine

vorbeirasende weiße Maus unwirsch in die Gegenwart zurück. Der unsympathisch laute Polizeifunk, die (fast) vollkommen leeren Straßen, die mit Widerstandsparolen verzierten Wände und die vorbeifahrenden Mannschaftsbusse der Polizei verstärkten noch mein Empfinden, dass sich an diesem Tag etwas außergewöhnliches ereignet hatte. Es war eben doch eine besondere Demo.

ZiB 3

Neugierig wie schon lange nicht mehr verfolgte ich an diesem Abend die ZiB 3. Und was sehe ich? Moderator Raffreiter hat doch tatsächlich nichts an seiner coolness eingebüßt! Die von mir erhoffte "Ausnahmезustand in Wien" Meldung mutierte in seinem Munde zu einem lächerlichen Detail! "Ein paar hundert Demonstranten liefern sich zur Zeit noch Straßenschlachten mit der Polizei." Ich warte gebannt auf einen positiven Bericht über den heutigen Nachmittag. "Die randalierenden Horden zogen den ganzen Abend lang durch die Stadt." Ich warte noch immer auf ein paar friedliche Bilder. Nichts da. Alles was zu sehen war waren die Prügeleien. Betrug! Da läuft man/frau sich den ganzen Tag lang die Füße wund und was passiert? Nicht einmal in der ZiB 3 wird einem eine halbwegs differenzierte Sichtweise der Geschehnisse geboten. Am liebsten wäre ich ins ORF Zentrum eingedrungen und hätte allen Menschen da draußen erklärt warum jede/r vernünftige von ihnen auch demonstrieren gehen sollte. Aber wieder nichts. Nicht einmal die Leute auf der Straße hören einem mehr unvoreingenommen zu. Kaum wird mein kleines Widerstands-Pickerl erkannt bekomme ich auch schon ganz ungeniert irgendwelche "Haider an die Macht" Parolen an den Kopf geschmissen. Es scheint sich tatsächlich etwas verändert zu haben in "unserer" kleinen Alpenrepublik.

Warum ich noch immer auf die Demos gehe?! Nicht dass ich das Gefühl hätte, dass es tatsächlich viel verändern könnte wenn ein paar Tausend Menschen jeden Donnerstag demonstrieren gehen. Nein. Viel eher "demonstriere" ich jeden Donnerstag, dass es eben nicht notwendig ist diese verlogene, falsche, egoistische, sexistische und rassistische Politik zu akzeptieren und ihr durch die Gleichgültigkeit Legitimation zu verschaffen.

WIDERSTAND!

EMU 'Defizit Handel' ?

Über die Anwendbarkeit eines Mechanismus aus der Umweltökonomie an der effizienten Implementierung des Stabilitätspaktes

Ach wie dumm ist doch dieses "3% Defizit-Kriterium" des Maastricht Vertrages - das denkt sich nicht nur Karl Heinz Grasser sondern auch so manch g'scheiter Mensch. So auch Alessandra Casella, die mit einem Konzept aus der Umweltökonomie einen interessanten Alternativvorschlag zum "klassischen" Sparkriterium liefert.

Kleine Maastricht Kritik

Die Kritik an der einheitlichen Defizitobergrenze von 3% des GDPs ist hinlänglich bekannt:

a) Es wird kein Unterschied zwischen verschiedenen Staaten (und ihren fiskalpolitischen Anfangsausstattungen) gemacht;

b) Die Anwendung und Ausmaße von penalties bei Überschreitungen der 3% Marke ist unklar;

c) 'Sticks and NO Carrot': Zwar wird eine Verletzung des Kriteriums bestraft, doch für "braves Verhalten" (=manische Sparsamkeit) gibt es keine Belohnung.

Wie könnte nun ein Mechanismus aussehen, der fiskalische Stabilität gewährt, dabei aber diese Kritikpunkte überwindet?

Wenn eine hohes Defizit in einem Staat für andere Staaten zu wirtschaftlichen Turbulenzen (in welcher Form auch immer) führt, so kann gesagt werden, dass das Defizit negative Externalitäten - also Kosten, die nicht vom Verursacher getragen werden müssen - mit sich bringt. (z.B.: Staat X kann seine Schuldenlast nicht mehr tragen und die EZB ist gezwungen die Schulden zu monetarisieren. Alle EMU Staaten "bezahlen" dann für die "schlechte" Fiskalpolitik von Staat X mit höherer Inflation.)

Von umweltökonomischen Parallelen...

Diese Externalitäten-Argumentation, die auch - obwohl eher unglaublich und sehr umstritten - als eine Legitimierung des "3% Kriteriums" diene, weist Parallelen zu Umweltproblemen auf: Mensch denke etwa an die böse Fabrik, die durch Schadstoffemissionen die Luft verpestet. Die Produktion verursacht [genauso wie in obiger Argumentation die gescheiterte Fiskalpolitik von Staat X] eine negative Externalität: die "Kosten" der Verschmutzung [des Defizits] werden nicht vom Verursacher, der bösen

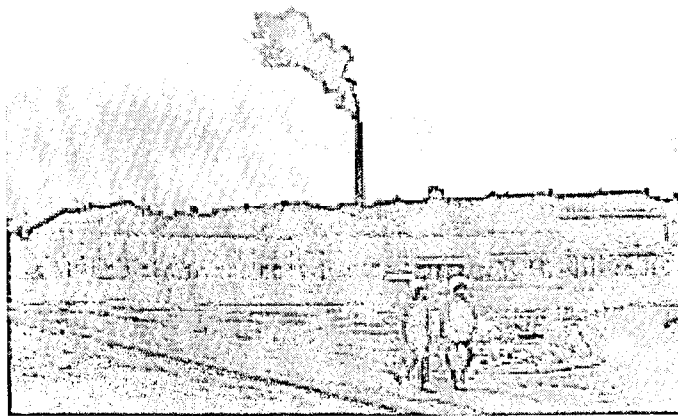
Firma [Staat X], sondern von "Dritten", etwa den AnrainerInnen [den anderen Staaten], getragen: Sie erfahren durch die schlechtere Luftqualität eine Verminderung der Lebensqualität³ [höhere Inflation in allen Staaten].

Was kann nun gegen diese schlimmen Externalitäten unternommen werden? Die Umweltökonomie unterscheidet zwei Möglichkeiten: Direkte Regulierungen und Regulierung über Marktmechanismen. Eine direkte Regulierung, etwa von der Form 'Jede Firma reduziere die SO₂-Emissionen um 20%', kann unter gewissen Umständen ineffizient sein. Wenn Firmen - etwa durch verschiedene Produktionstechnologien - unterschiedliche (Grenz)Kosten der Emissionsreduktion (durch Filtereinbau, etc.) haben, kann eine indirekte Regulierung über einen Marktmechanismus den gleichen (aggregierte) Emissionsrückgang effizienter erreichen.

Ein Beispiel für eine Regulierung über einen Marktmechanismus ist etwa ein 'Permit Trading' Modell (das in den USA zur Regulierung der SO₂ Emissionen höchst erfolgreich angewendet wurde und wird - siehe Literaturhinweis).

Ein Beispiel: Will die regulierende Instanz das SO₂ Emissionsniveau in den nächsten Jahren jeweils auf die Höhe von 80% des Emissionsvolumens aus dem Jahr 1995 reduzieren, so kann die Regulatorin jeder Firma jährlich das "Verschmutzungsrecht" (Pollution-Permit, Allowance) erteilen, jedes Jahr (maximal) 80% des 95er Emissionswertes zu erreichen. So weit entspricht das einer direkten Regulierung. Wenn nun aber den Firmen gestattet wird, ihre Verschmutzungsrechte zu handeln, so kommt der Marktmechanismus ins Spiel. Nehmen wir an, Firma A ist es durch den Einbau von Filtern leicht möglich, die Schadstoffausschüttung auf die "erlaubten" 80% - seien dies 8 Tonnen/Jahr - ihres Wertes von 1995 zu drücken. Mit einigen weiteren Filterinvestitionen könnte auch mit nur 6t/J produziert werden. Firma B, die 1995 20t SO₂ emittierte, müsste den gesamten Produktionsprozeß umstellen, um die Emissionen auf 80% des Niveaus von 1995 (=16t/J) zu reduzieren. Über eine Reihe von Filtern wäre es für Firma B jedoch möglich, zumindest auf 18t/J zu kommen.

Im System des Permit Tradings ist es nun möglich, dass Firma B der Firma A (im Jahr j) zwei Tonnen an Verschmutzungsrechten abkauft, sodass Firma A nicht mehr 8t/J sondern 6t/J emittieren darf, Firma B hingegen 18t/J anstatt von 16t/J. Das gemeinsame Verschmutzungsvolumen in dieser neuen Emissions-Allokation bleibt dabei gleich wie in der ursprünglichen Allokation (der Zuteilung der Permits aufgrund der jeweiligen Firmenwerte aus dem Jahr 1995). Unter einer direkten Regulierung hätten beide Firmen ihre Verschmutzung auf den 80%-Wert gedrückt - Firma A bei geringen, Firma B bei sehr hohen (Grenz)Kosten der Emissionsreduktion. Permit Trading führt nun (bei gewissen Rahmenbedingungen, wie exakte Kontrollierbarkeit des Emissionsvolumens jeder Firma, Strafen für Überschreitungen, etc.) dazu, daß die Grenzkosten der Emissionsreduktion zwischen allen Firmen angeglichen werden (siehe dazu Fußnote 4!) und das Ziel (hier: auf maximal 80% des Wertes aus dem Referenzjahr zu kommen) im Aggregat kosteneffizient erreicht wird.



Umweltverschmutzung und Regulierung

...zur EU Fiskalpolitik

In Analogie zu einem System von handelbaren Pollution-Permits schlägt Casella für die E(M)U ein Modell von Deficit-Permits (im weiteren: DP) vor! Ähnlich wie bei manchen Umweltregulierungen sei auch bei den Maastrichtkriterien die direkte Regulierung (nichts anderes ist die starre 3% Klausel) ineffizient, da verschiedene Staaten aufgrund unterschiedlicher fiskalpolitischer Strukturen auch verschiedene Grenzkosten der Defizitreduktion hätten. Den EMU Staaten sollten am Beginn jedes Jahres DPs, also ein "Recht auf Defizit über x Mio. Euro", in der Höhe von 3% ihres GDPs zugeteilt werden. Am Ende des Jahres (bzw. wenn der Budgeterfolg vorliegt) muss jeder Staat Permits (mindestens) in der Höhe des tatsächlichen Defizites halten - ansonsten gibt es Strafen. "Überschüssige DPs" (wenn also das Defizit geringer ist als das Volumen an DPs) können "gespart" werden, verfallen also nicht. Der jeweilige "Marktpreis" (der stets positiv ist) für DPs würde somit neben den aktuellen fiskalpolitischen Situationen der EMU Länder auch von den Konjunkturerwartungen abhängen. Würde also unter

diesem Modell ein Staat sein Budgetdefizit über die ihm zugebilligten 3% des GDPs ausweiten wollen, so müsste er (etwa von anderen Staaten) Permits zukaufen; bliebe das Land unter den 3%, so könnte es die überschüssigen DPs verkaufen oder ansparen.

Mit diesem System - so Casella - würden sich einige Vorteile zum konventionellen Maastricht-Sparen ergeben: Geringe Defizite würden belohnt werden (vgl. Kritikpunkt c) und länderspezifische Unterschiede (Kritikpunkt a) kämen in der DP Allokation zum tragen. Ein asymmetrischer (länderspezifischer) negativer Schock (Konjunktureinbruch in einem Staat X) wäre über die Fiskalpolitik gegensteuerbar: der betroffene Staat könnte Permits kaufen (oder gesparte DPs verwenden), um dem Schock gegenzulenken und wäre dabei in seiner Fiskalpolitik nicht durch die 3% Grenze eingeschränkt sondern einigermaßen flexibel. Insgesamt, im Aggregat der einzelnen Länder Defizite, wäre jedoch das 3% Kriterium (über die Zeit) kosteneffizient erreicht.

Die Probleme

Andererseits käme es auch zu einigen neuen Problemen: Was passiert bei einer unerwarteten EU weiten Rezession? Der Preis für DPs würde in die Höhe gehen - ein Anreiz für eine prozyklische Fiskalpolitik wäre gegeben! Casella schlägt als Lösungsweg eine Vergabe von DPs je nach Konjunkturlage - durch einen fixen und klaren Mechanismus bestimmt - vor. Dazu muss festgehalten werden: eine Variation der Defizitgrenze in Abhängigkeit von der Konjunkturlage wäre auch im 08/15 Maastricht System möglich und hätte auch dort den Effekt von mehr Flexibilität.

Ein weiteres Problem wirft folgende Frage auf: Sind die Defizite der einzelnen Staaten wirklich perfekte Substitute? Anders formuliert: Ist es gleichgültig, ob Italien eine Mrd. Euro mehr Defizit macht, oder ob das in Deutschland passiert? Wenn der Impact einer Defizitmilliarde auf die "wirtschaftliche Stabilität" der Union von Land zu Land verschieden ist, so muss der Deficit Permit Mechanismus weiter verkompliziert werden.

Wer darf die DPs handeln? Nur die EMU Staaten?

Dann wäre es ein Markt mit wenigen Teilnehmern, dessen effizientes Funktionieren bezweifelt werden dürfte. Auch andere Staaten und Institutionen oder Private? Was tun, wenn die EZB, die FED oder die USA (ohne da jetzt irgendwelche fiskal-imperealistischen Ängste/Gelüste wecken zu wollen) einen großen Brocken an Permits aufkaufen, um darauf sitzenzubleiben wie Christian Prosenik auf der Ersatzbank von 1860 München?

Abgesehen von weiteren technischen Schwierigkeiten würden sich wohl vor allem politische Hindernisse bei einer Implementierung solch eines Mechanismus ergeben. Was etwa, wenn keiner dem Staat A DP's verkaufen möchte, "nur" weil dort mit einer rechten, faschistoiden Partei koalitiert wird? Oder (vermutlich bedeutsamer) wenn der große Staat D seine Präferenzen für eine restriktive Budgetpolitik in einer preisunelastischen Permit-Angebotsfunktion zum Ausdruck bringt, und damit auch massiven Einfluss auf die Fiskalpolitik anderer Staaten ausübt? Wiedereinmal wäre die Entscheidungsmacht von PolitikerInnen über einen Marktzwang - hier über jenen, für expansivere Budgets "Erlaubnisse" kaufen zu müssen - beschnitten.

Umsetzbarkeit

Mit ziemlicher Sicherheit wird sich diese interessante Idee nicht umsetzen lassen - zu viele technische und politische Schwierigkeiten sprechen dagegen. Warum an dieser Stelle trotzdem von ihr geschrieben wird?

Einerseits ist es eine nette, kreative Idee, ein bekanntes Konzept aus einem ökonomischen Bereich herzunehmen und an einem - oberflächlich betrachtet - völlig anderen Problem - von dem man die Ähnlichkeit jedoch bei leichter Abstraktion sofort erkennt - anzuwenden. (Wenn das hohe Abstraktionsniveau und der Wulst an Formalismen in der Ökonomie etwas Gutes an sich hat, dann genau diese flexible Anwendbarkeit der Konzeptionen... auch wenn damit leider sehr viel Mist gebaut wird.)

Andererseits gilt es Alternativen zu dem im Maastrichter Pakt zementierte Sparsamkeitsdogma zu finden. Wir wär's also mit einer konjunkturabhängigen Defizitobergrenze, Herr Duisenberg?

FUSSNOTEN:

1. Hier wird nur auf jene Kritikpunkte eingegangen, die auch von Casellas Vorschlag tangiert werden.
2. Fällt das reale GDP um mehr als 2.0%, so darf die 3% Grenze überschritten werden (die Verschuldung

muss aber "nahe" um 3% bleiben!); bei einem realen GDP Rückgang von 0.75 bis 2.0% liegt es in der Hand des (Finanz)Ministerrates eine kurzfristige Aussetzung des Kriteriums zu beschließen. In allen anderen Fällen soll es bei Überschreitungen zu Verwarnungen und auch zu Strafen kommen.

3. "Realer" könnte mensch sich die Kosten durch folgendes Beispiel vorstellen: Frau Sic möchte ihr Schloss verkaufen. Weil aber seit kurzem nebenan ein Papierindustrieller mit seinem Betrieb jenen Bach vergiftet, der beim Schlosserl vorbeifließt, läßt sich nur ein (im Vergleich zum Zustand ohne Papierbetrieb) stark verminderter Verkaufspreis erzielen...

4. Eine kapitalistische, profitmaximierende Firma (der Umweltprobleme gleichgültig sind) verkauft Permits für x Tonnen/Jahr nur, wenn der Erlös aus dem Verkauf größer ist, als die Kosten der Reduktion der Emissionen um (weitere) x Tonnen/J. Umgekehrt kauft klarerweise eine kapitalistische Firma auch nur Permits, wenn die Kaufkosten geringer sind als die vermiedenen Kosten der Emissionsreduktion. Nach dieser Logik ist es auch ersichtlich, dass die Grenzkosten der Verschmutzungsreduktion zwischen den Firmen angeglichen werden.

5. Bei einem realen GDP Rückgang um mehr als 2% (siehe Fußnote 2), würde auch unter dem konventionellen Maastricht Regelwerk die 3% Grenze aufgehoben werden - aber erst ex post!

6. Auch hier wendet Casella ein Konzept aus der Umweltökonomie an. Auch bei Umweltverschmutzungen gibt es Situationen wo nicht nur die Gesamtsumme sondern auch die Verteilung der Verschmutzung relevant ist: etwa wenn fast alle SO₂ Emittenten in den USA sämtliche Permits an einige große Verschmutzer in einer Region verkaufen ('Hot Spot' - Zonals Permits). Vgl. Casella, p.334.

LITERATUR:

Casella, Alessandra: Tradable deficit permits: efficient implementation of the Stability Pact in the European Union. *European Policy*, Okt. 1999, p.323-361.

Der Vorschlag von Casella und die Diskussion dieses Konzeptes durch anderen ÖkonomInnen.

Stavins, Robert N.: What can we learn from the Grand Policy Experiment? Lessons from SO₂ Allowance Trading. *Journal of Economic Perspectives*, Summer 1998, p.69-88.

Über die erfolgreiche Regulierung von SO₂ Emissionen über Allowance Trading in den USA.

Mergermania

Wenn die großen Fische die Kleineren fressen (manchmal auch umgekehrt)...

Vodafone Airtouch - Mannesmann, Pfizer - American Homeproducts, Daimler-Chrysler, Time - Warner - America Online, das sind einige der spektakulärsten Merger in letzter Zeit, aber nur ein Bruchteil der riesigen Anzahl an Fusionen, die in den letzten Monaten durchgeführt wurden.

Betrachtet mensch das historische Muster der Fusionen, so ist auffallend, dass sie in Wellen auftreten. In den USA, der Wirtschaft, für die die genauesten Untersuchungen vorliegen, gab es ein gehäuftes Auftreten von Mergern um 1890, in den 20er, 60er, 80er und auch in den späten 90er Jahren, wobei die letzte Welle noch anhält. Auffallend ist auch, dass diese Wellen immer mit Booms auf den Aktienmärkten korreliert waren, ein Zusammenhang von hohen Aktienkursen und Auftreten von Fusionen also höchst wahrscheinlich besteht. In diesem Artikel sollen zunächst kurz die Auswirkungen von Mergern und die möglichen Theorien zu ihrer Erklärung behandelt werden, wobei sich die Darstellung stark am ausgezeichneten Skriptum von Professor Mueller orientiert. Danach möchte ich einige aktuelle Fusionen und deren Konsistenz mit den allgemeinen Erklärungsmustern behandeln und schließlich die Frage stellen, welche Implikationen die theoretische und empirische Analyse für die Wirtschaftspolitik haben sollte, bzw. ob eine rein ökonomische Argumentation der Materie ausreichend ist, oder ob nicht auch andere Aspekte eine wichtige Rolle spielen, deren Behandlung sich die Ökonomie nicht entziehen darf.

Horizontal, Vertikal und Konglomeratmerger

Grundsätzlich ist bei Mergern zwischen horizontalen (Unternehmen derselben Produktionsstufe/Branche), vertikalen (z. B.: Erzeuger von Zwischenprodukt fusioniert mit Erzeuger von Endprodukt) und Konglomeratmergern (Unternehmen verschiedener Sektoren fusionieren) zu unterscheiden, wobei die ÖkonomInnen ersteren gegenüber grundsätzlich negativ, den beiden letzteren aber mit gemischten Gefühlen gegenüberstehen, da hier die Theorien nicht so klar sind. Bevor wir uns aber mit Erklärungsmustern beschäftigen, werfen wir einen Blick auf die tatsächlichen Gegebenheiten. Zum Phänomen der Fusionen, die unter ökonomischen Gesichtspunkten als Investitionsentscheidung eines Unternehmens betrachtet werden müssen, gibt es mittlerweile eine Vielzahl von empirischen Studien, die unterschiedliche Auswirkungen von Mergern untersuchen,

um so ihre Rentabilität zu ergründen und herauszufinden, ob sie prinzipiell etwas wünschenswertes sind, oder nicht. So zeigt sich zum Beispiel, dass die Auswirkung einer Fusion auf die Rentabilität der übernehmenden Firmen im allgemeinen eher negativ ist (Ravenscraft & Scherer), da sie nach der Fusion eine bezüglich der jeweiligen Branche unterdurchschnittliche Profitabilität aufweisen, während umgekehrt die übernommenen Firmen besonders profitabel sind, der Effekt also besonders negativ sein muss. Etwa 20 Studien für verschiedene Länder kommen zu ähnlichen Ergebnissen, bestenfalls bleibt die Rentabilität unverändert.

Merger Gains?

Ähnlich negative Auswirkungen scheinen Merger im Allgemeinen auch auf Marktanteile und Wachstum zu haben. Die übernommenen Unternehmen verlieren Marktanteile an ihre Konkurrenten und neu in den Markt eintretende Unternehmen, wobei besonders bei Konglomeratfusionen und vertikalen Mergern signifikante Rückgänge zu verzeichnen sind. Nicht viel anders sieht es mit den Wachstumsraten aus, die meist unterdurchschnittlich sind. Die größte Anzahl von Studien liegt allerdings für die Effekte auf die Aktienkurse der übernommenen und übernehmenden Unternehmen vor. Viele davon sind "event studies", die nur die Auswirkung auf die Aktienkurse im Zeitpunkt der Übernahme betrachten. Unter Annahme von effizienten Kapitalmärkten sind nach dem "capital asset pricing" - Modell die Aktienkurse nämlich unverzerzte Schätzer des Gegenwartswerts der zukünftigen Profite eines Unternehmens (schön, dass die Kapitalmärkte mehr wissen, als die Manager des jeweiligen Unternehmens). Änderungen in den Aktienkursen bei Ankündigung der Fusion spiegeln also die erwartete Änderung der Profitabilität eines Unternehmens durch den Kapitalmarkt wider. Da zu diesem Zeitpunkt die Aktienkurse steigen, kommen die Studien zu dem Ergebnis, dass Merger zumeist positive Effekte haben müssen, sonst würde sie der Kapitalmarkt nicht goutieren. Misst mensch die Entwicklung der Aktienkurse der Unternehmen aber über eine längere Periode, so zeigt sich ein ganz anderes Muster: die übernommenen Firmen verzeichnen Kursgewinne bereits 1-2 Monate vor Ankündigung der Fusion, was auf Insidertrading schließen lässt, und steigen bis zum Abschluss der Fusion um

ca. 20 - 100%, in letzter Zeit auch noch um einiges mehr. Die übernehmenden Unternehmen zeichnen sich in den letzten zwei Jahren vor der Fusion durch besonders hohe Profitraten aus, sie haben also sozusagen Geld in der Kriegskasse. Ab dem Zeitpunkt der Ankündigung der Fusion sinken die Aktienkurse jedoch ständig, durchschnittlich 17 Monate lang, wobei 18 von 24 zitierten Studien zu diesem Ergebnis kommen.

Längerfristig ist der Merger also zum klaren Nachteil der Shareholder des übernehmenden Unternehmens, wobei anscheinend die negative Information erst mit der Zeit an die Außenwelt (sprich: die Kapitalmärkte) dringt. Da die übernehmenden Unternehmen zumeist um ein Vielfaches größer sind, als die übernommenen, kann schon ein geringer negativer Effekt auf die Kurse der übernehmenden Unternehmen den positiven Effekt auf die der übernommenen aufwiegen, wodurch sich der Gesamtwohlfahrtseffekt ins Negative umkehrt. Es ist also leicht zu sehen, dass Merger im Großen und Ganzen keine besonders positiven Auswirkungen auf die gesellschaftliche Wohlfahrt haben. Warum treten sie dann aber derart häufig auf?

Mergermania - Warum?

Werfen wir dazu einen Blick auf verschiedene Theorien. Das klassische Erklärungsmuster für horizontale Fusionen ist die Oligopoltheorie - Merger als Steigerung der Marktmacht eines Unternehmens. Sie lässt jedoch offen, warum Merger immer in Wellen auftreten, bzw. mit Booms auf den Aktienmärkten einhergehen. Konglomeratmerger können dazu führen, dass sich wenige Unternehmen auf vielen Märkten gegenüberstellen und so der Anreiz zu Absprachen steigt. Liest man Presseaussendungen fusionierender Unternehmen, begegnet einem(r) zumeist das Argument der Kostenersparnis wegen steigender Skalenerträge, tatsächlich lässt sich aber nachweisen, dass kleine Unternehmen weit größere Effizienzgewinne durch

Fusionen verzeichnen können, als große multinationale Konzerne, die die effiziente Größe meist schon bei weitem überschritten haben. Außerdem müssten solche Merger gerade in Rezessionen auftreten, wenn die Gewinne schrumpfen und Sparen angesagt ist. Eine andere, etwas darwinistisch angehauchte, These sieht Fusionen als Alternative zum Konkurs, unprofitable Unternehmen werden als letzte Rettung übernommen.

Diese Variante mag für manche Firmen zutreffen, sie ist jedoch wenig konsistent mit dem wellenförmigen Auftreten und den empirischen Studien, die eine eher überdurchschnittliche Rentabilität der übernommenen Firmen feststellen. Andere Theorien gehen von Vorteilen bei der Kapitalbeschaffung bzw. Risikostreuung durch Diversifizierung aus. Dem ist entgegenzuhalten, dass Fusionen wohl die teuerste Art sind, Kapital zu beschaffen bzw. dass die Investoren selbst weitaus besser in der Lage sind, ihr Portfolio zu diversifizieren. Eine weitere Hypothese, die sogar mit der Wellenform konsistent ist, sieht viele Merger unter dem Aspekt der Wachstumsmaximierung. Alte Unternehmen, deren Stammmarkt nicht mehr wächst, diversifizieren um sich zu vergrößern. Dies ist besonders einfach bei hohen Aktienkursen, da dann Geld zur Verfügung steht, und gilt wohl vor allem für Konglomeratmerger. Schliesslich gibt es neben anderen mehr oder weniger guten Theorien eine, die von verschiedenen Erwartungen über die zukünftigen Profite eines Unternehmens ausgeht. Die Individuen mit den höchsten Erwartungen erwerben das Unternehmen, sofern es sich um Manager handelt, kommt es zu einer Fusion. Da bei rationalen Erwartungen der erwartete zukünftige Profit aber im Mittelwert der Verteilung liegt, haben sie fast sicher zu viel gezahlt, der Merger ist nicht profitabel. Da Unternehmen vor allem in Aktienbooms Geld zur Verfügung steht und außerdem die Erwartungen oft zu optimistisch sind, ist diese Ansicht konsistent mit der Empirie. Betrachten wir an dieser Stelle einige reale Fälle.

Mannohmann

Mannesmann-Chef Klaus Esser (Bild) wird das Ausscheiden aus dem Konzern mit einem zweistelligen Millionenbetrag versüßt. Nach Vollzug der Übernahme durch Vodafone AirTouch soll er eine Vergütung von insgesamt bis zu 60 Mio. DM (30,7 Mio. Euro/ 422 Mio. S) erhalten.

... Der genannte Betrag gehe aus den ergänzenden Unterlagen des nachgehefteten Kaufangebots von Vodafone für Mannesmann hervor.

(DER STANDARD, 12./13. Februar 2000)



Als bislang größter Merger gilt die Fusion von Vodafone - Airtouch und Mannesmann, die einen gemeinsamen Börsenwert von 342 Milliarden Dollar darstellen, gleichzeitig handelt es sich auch um die größte feindliche Übernahme. Beide Unternehmen sind hoch profitabel, durch den Boom, den der Telekommunikationssektor erlebt, steht Vodafone das nötige Kapital zur Verfügung. Für die Shareholder von Mannesmann ist die Übernahme klarerweise verlockend, da, wie wir gesehen haben, die Aktienkurse der übernommenen Firma so gut wie immer steigen. Langfristige Investoren sind wohl schwerer zu überzeugen, da die Mannesmann - Beteiligungen lediglich in Vodafone - Aktien umgetauscht werden. Der Mobiltelefonbereich ist einer der wachstumsstärksten Sektoren, warum will ein Unternehmen, das ohnehin hohe Zuwachsraten verzeichnet, noch schneller expandieren?

Vodafone - Mannesmann ist in 24 Ländern vertreten und hat einen Anteil von mehr als 10 % des weltweiten Mobiltelefonmarktes. Argumente sind wieder einmal steigende Skalenerträge durch sinkende Durchschnittskosten, Vereinheitlichung von Tarifen, bessere Einkaufskonditionen für Mobiltelefone - Marktmacht will keiner sagen. Allerdings ist der Mobiltelefonmarkt auch einer der innovativsten Märkte, im Moment ist die Verknüpfung von Handy und Internet angesagt, für so grosse Unternehmen, wie Vodafone - Mannesmann wird es nicht leicht sein, gleichzeitig die unterschiedlichen Unternehmensphilosophien unter einen Hut zu bringen und gleichzeitig innovativ zu bleiben, zumal einige Restrukturierungen durchgeführt werden müssen. Zum Beispiel muss Mannesmann wohl das hochprofitable englische Unternehmen "Orange" abstoßen, da Vodafone selbst auf dem britischen Markt vertreten ist. Welche Theorie könnte hier zutreffend sein? Wohl am ehesten die Wachstumsmaximierungshypothese gepaart mit einem übersteigerten Selbstverwirklichungsdrang des Vodafone - Managers Chris Gent, denn Übernahmekämpfe sind teuer und der Erfahrung nach so gut wie nie rentabel.

Time Warner - America Online

Ein anderer aufsehenerregender Merger war die Fusion von Time Warner und America Online (AOL), ein Konglomeratmerger zwischen einem Medienkonzern und einem Internetprovider, der immerhin 150 Milliarden Dollar bewegte. Das Interessante an diesem Fall ist, dass die bei weitem kleinere Firma, AOL, die Mehrheit am Riesen Time-Warner übernahm und zwar wegen der höheren Kapitalisierung, da sich die Internetwerte in schwindelnden Höhen bewegten.

Musikvertrieb übers Internet, die große Angst der Plattenriesen (5 Firmen teilen sich 80% des Plattenmarktes), die ihre steigenden Skalenerträge durch günstige Produktionskosten und große Verteilernetze schwinden sehen, aber die Chance für AOL, in Zukunft seinen Kunden auch Musik und andere Medienprodukte anbieten zu können. Auf den ersten Blick scheint es wohl wirklich der Drang zu Innovationen zu sein, der den Merger verursacht hat, nur ist AOL bei weitem profitabler als Time - Warner, warum sich also mit unnötigem Ballast beschweren? Vielleicht ist der Grund wohl darin zu sehen, dass die AOL - Manager wussten, dass ihr Unternehmen stark überbewertet ist und der Boom nicht mehr allzu lange anhält? Wir haben also gesehen, dass auch in obigen Beispielen nicht so klar ist, ob die Fusionen profitabel sein werden. Es lassen sich Pro- und Kontraargumente finden, entscheidend ist die Empirie, die uns sagt, dass sich Merger im Durchschnitt nicht auszahlen.

Mergers killing Democracy (?)

Was ist aber das eigentliche Problem an derartigen Megafusionen, das sich abseits rein ökonomischen Raisonnements bewegt? Die Antwort findet sich in den amerikanischen anti trust acts, deren ursprünglicher Zweck nicht so sehr ökonomische Effizienz war, sondern die Verhinderung von zu großem politischen Einfluss. Wenn heute Firmen wie Microsoft massiven Druck auf die amerikanischen Präsidentschaftskandidaten ausüben können und das in einem derart grossen und mächtigen Staat, dann ist es nicht schwer, sich vorzustellen, wie groß die Macht einzelner Multis in anderen Ländern ist. Großkonzerne beschäftigen meist einen eigenen Lobbyingstab, um politische Entscheidungen zu beeinflussen, finanzieren Wahlkämpfe im Austausch gegen Vorteile.

Dass auf diese Weise demokratische Entscheidungsfreiheit untergraben wird und ökonomischen Partikularinteressen Platz machen muss, ist unerträglich, weshalb meiner Ansicht nach Merger von Weltkonzernen, mögen die wirtschaftlichen Auswirkungen angeblich noch so positiv sein, grundsätzlich verhindert werden sollten. Dies nicht nur im Fall von horizontalen, sondern auch bei vertikalen und Konglomeratmergern. Viel wichtiger als volkswirtschaftliche Fragen sind solche politischer Natur und darin liegt auch das eigentliche Problem der Globalisierung, die schleichende Entmündigung des Volkes durch wirtschaftliche Sachzwänge und das Interesse des Kapitals.

LITERATUR: Clemenz, Mueller: Industrial Economics (1999), mimeo.

Kurssystem - Mikro - Personalpolitik

Der IUK und das Kurssystem

SCHÖNE NEUE WELT - ODER DOCH - ALLES BEIM ALTEN?

Seit dem Wintersemester werden am WiWi Lehrveranstaltungen als IUKs (Integrierte Universitätskurse) angeboten. Von den wichtigen Lehrveranstaltungen des ersten Abschnitts betraf das im Wintersemester vor allem die Mikroökonomie, die laut Studienplan allerdings gar kein IUK ist. Dieser Artikel soll sich aber nicht damit beschäftigen, wie die Lehrenden in der Stuko gegen den von ihnen beschlossenen Studienplan verstoßen, sondern mit den Veränderungen, die der IUK für die Studierenden gebracht hat und vielleicht noch bringen wird. Der Mikroökonomie "Kurs" lief vom Lehrbetrieb ab wie bisher: Es gab eine Vorlesung, und dazu zwei Übungen, also insgesamt drei Vortragende. Was war das neue: einzig die Benotung, die nicht mehr aus einer Übungsnote und einer Diplomprüfungsnote bestand, sondern aus einer gemeinsamen Kursnote, die sich aus den Hausübungen, dem Midtermtest sowie einer Endprüfung, die frau/man allerdings - rechtswidrig - nur einmal wiederholen darf, zusammensetzt. Erinnern wir uns kurz zurück an die Gründe für die Einführung des IUKs: Die Trennung zwischen Vorlesung und Übung sollte überwunden werden, wie es der "Pädagogische Grundsatz" des Studienplans so nett formuliert:

Aus pädagogischen Gründen sollen möglichst viele Lehrveranstaltungen in der Form integrierter Universitätskurse abgehalten werden. Damit soll den Nachteilen des Frontalunterrichts in reinen Vorlesungen entgegengewirkt werden, indem die Studierenden zu unmittel-

barer Mitarbeit und Anwendung des Gelernten geführt werden.

Der oder die gewohnt kritische VWL-StudentIn fragt sich natürlich jetzt wie weit dieses Ziel mit dem Mikro-IUK(1) erreicht wurde. Nach kurzem Überlegen kann sie oder er natürlich nur zu folgender Erkenntnis kommen: Die Vorlesung ist genauso rein und genauso Frontalunterricht wie bisher, die nach wie vor getrennt davon stattfindende Übung besteht wie bisher aus dem Rechnen von Hausübungsbeispielen (was wahrscheinlich - illusionlos, wie die oder der gelernte VWL-StudentIn ist, betrachtet -

"IUK"

ohnehin mit "... die Studierenden zu unmittelbarer Mitarbeit und Anwendung des Gelernten [führen]..." gemeint ist). Das einzige was sich geändert hat ist die Benotung. Und die kann nach neuem Studienplan von den LehrveranstaltungsleiterInnen ohnehin fast willkürlich festgelegt werden, dazu hätten wir also keinen IUK gebraucht. Und die doppelte Prüfung von Lehrveranstaltung in Vorlesung und Übung hätte man auch schon im alten Studienplan abschaffen können, niemand hat je das Abhalten von Übungsprüfungen vorgeschrieben. In Bezug auf die Übereinstimmung von Vorlesung und Übung hat sich nichts geändert: In der Übung musste frau/man auch im IUK Beispiele rechnen, die in der Vorlesung noch gar nicht behandelt wurden, wirklich enge Koordination zwischen Vorlesung und Übung ist merklich nicht erfolgt, was ja eigentlich zu erwarten war: Die Lehrveranstaltungsleiter(innen?) hätten sich auch schon vor der "Erfindung" des IUK koordinieren können, warum sollten sie es jetzt tun. Hat irgendwer eigent-

lich ernsthaft geglaubt dass der "Frontalunterricht in reinen Vorlesungen" abgebaut werden kann, wenn VO und UE von unterschiedlichen Personen gelehrt werden?

Was lief sonst so unter dem Titel IUK: Die Einführung in Mikro/Wirtschaftswissenschaften bestand auch nur aus getrennten Lehrveranstaltung: der "reinen Frontalunterrichts-Vorlesung" und dem "Beispiele-Rechnen-Arbeitskreis" mit zusammengewürfelter Einheitsnote. Und die PolÖk und Wirtschaftsgeschichte blieb überhaupt komplett unverändert, nur heisst sie jetzt halt IUK

Frau/man sieht: Der IUK ist bislang der reine Etikettenschwindel.

Wie würde ein echter IUK aussehen? Aus Sicht der Lehrenden würde ein richtig toller IUK aussehen wie ein amerikanischer Kurs, oder, weniger hochtrabend, wie in der Schule (2): Anwesenheitspflicht, regelmäßige verpflichtende Hausübungen, regelmäßige Leistungsüberprüfungen, ... Ob es auch Fleißaufgaben, glitzernde Sterne für besonders gute und schwarze Punkte für besonders schlechte Leistungen geben sollte bleibt der Fantasie überlassen. Dahinter steht natürlich folgende Ideologie: Studierende sind aus Prinzip faul und wollen nur möglichst billig zu Scheinen kommen, an den Lehrinhalten sind sie überhaupt nicht interessiert. Die einzige Abhilfe dagegen kann nur sein, die Studierenden zum regelmäßigen Mitlernen zu zwingen.

Wir lehnen diese Haltung natürlich entschieden ab: Wir alle studieren freiwillig VWL, aus Interesse am Fach und seinen Inhalten. Wir sind der Meinung, dass jeder Studierende selbst entscheiden soll, wie sie oder er sich den Leerstoff aneignet, also auf einmal oder laufend, aus einem Buch oder aus einer Vorlesung. Dass Studierende nur für die Prüfung(en) - wie auch immer sie gestaltet sind -

lernen um danach alles zu vergessen, lässt sich nicht dadurch verhindern, dass der Prüfungsmodus irgendwie geändert wird, sondern nur dadurch, dass die Lehrveranstaltungen - ob VO, UE, AK, IUK oder was auch immer - inhaltlich interessant sind und gut präsentiert werden, und wo auf die Interessen der Studierenden eingegangen wird, anstatt dass einE VortragendeR seine Wahrheit(en) präsentiert. Denn daran krankt es einigen Lehrveranstaltungen am WiWi, und die Ausrufung von IUKs kann und wird daran nichts ändern.

ANMERKUNGEN:

(1) Vom Erfolg her ist die Bilanz des ersten Mikro IUK klar: Viele Studierende sind noch während des Semesters ausgestiegen, das Ergebnis der Endklausuren war wie gewohnt schlecht: Wenig bis gar keine Einsen bis Dreier, die meisten Studierenden haben schlechte Vierer oder Nicht-Genügend.

(2) Verhältnisse wie in der Schule sind - behaupte ich einmal böseartig - vor allem deswegen (noch) nicht eingeleitet weil das ständige (Über-)prüfen der Studierenden auch eine ziemliche Arbeit ist.

Mikro, Mikro und Mikro

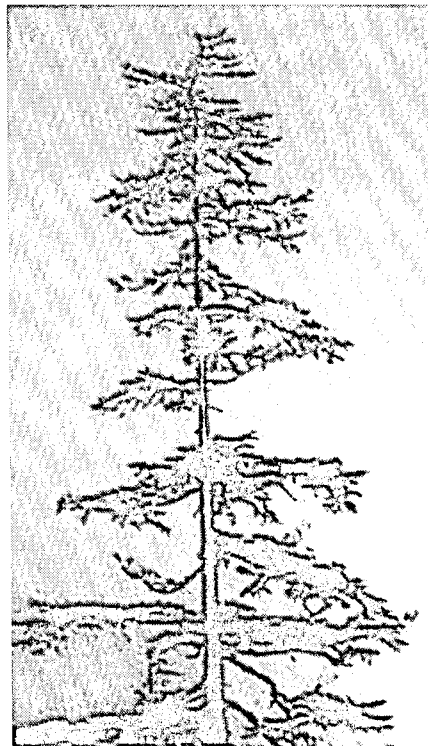
EINFÜHRUNG IN DIE MIKROÖKONOMIE?!

Ein Baum. Es steht mir ein Baum im Weg. Was tun?! Daran vorbeigehen - in Ordnung. Kaum hab ich das Hindernis passiert, fällt es mir wieder ein. Ich wollte ja in diese Vorlesung. Einführung in die Wirtschaftswissenschaften. Das hört sich eigentlich ziemlich interessant an. Zumindestens im Vergleich zu den anderen "verlockenden" Titeln des ersten Semesters wie z.B. Mathematik oder Statistik. Nein, so trocken wird das schon nicht werden. Es ist ja nur eine Einführung. Ein

langames Heranführen der gerade-nicht-mehr GymnasiastInnen an die Dinge die sie im Laufe dieses, ihres Studiums noch erwarten werden. Ein appetitanregender Überblick sozusagen. Das kann ja gar nicht wirklich uninteressant werden.

Die Realität...

...sah jedoch etwas anders aus. Die von Professor Mueller gehaltene Einführungsvorlesung hat ganz und gar nicht den Erwartungen entsprochen. Schon in der ersten Einheit stellte Professor Mueller klar, daß es sich bei dieser Lehrveranstaltung nicht um eine allgemeine Einführung handelte, sondern viel eher um eine Einführung in die Mikroökonomie. Auch gut. Als vorurteilsfrei interessierte/r Erstsemestrige/r kann es



Ein Baum...

einem/einer ja auch egal sein ob Mikro oder Makro unterrichtet wird. Schließlich hat man/frau zu diesem Zeitpunkt ja noch von keinem von beidem eine Ahnung. Und so war es dann auch. Die aufmerksamen "Hinweise" der StRV an Prof. Mueller, er solle doch bitte den im Studienplan festgelegten Stoff unterrichten, wurden mit der gewohnten Überheblichkeit ignoriert und wir Studierende rechneten das ganze

Semester lang brav unsere Beispiele, absolvierten unseren mid-term Test und bekamen dafür am Schluß des Semesters auch eine gute Note "geschenkt". Ein voller Erfolg also.

Verflucht!

Diesmal bin ich doch tatsächlich hineingelaufen. Mit dem Kopf in den Baum gelaufen bin ich. So vertieft war ich in meine Unterlagen. Seit wann steht der Baum überhaupt hier? Da war doch früher keiner hier. Egal. Vielleicht lösen sich meine Kopfschmerzen nach ein paar erfolgreich differenzierten Funktionen wieder in Wohlgefallen auf. Wie heißt diese Vorlesung nochmal? Ah ja. Formale System- und Modelltheorie bei Professor Nermuth. Kein Wunder daß man da schon wieder differenzieren muß. Aber egal. Das macht ja eigentlich eh Spaß. Obwohl? Wie soll denn das gehen - mit zwei Variablen?!

Tatsache ist, daß die Vorlesung "Einführung in die formale System- und Modelltheorie" eine der drei zur Wahl stehenden "Einführungsveranstaltungen" ist und somit im ersten oder zweiten Semester absolviert werden sollte. Oder zumindestens absolvierbar sein sollten. In der Theorie mag das vielleicht möglich sein. Praktisch gibt es da jedoch ein kleines Problem. Auf die Frage wie jetzt dieses Beispiel mit der Differentialrechnung in mehreren Variablen zu lösen sei, meinte ein sichtlich verstörter Prof. Nermuth lapidar "diese 1.V setzt entweder Mikro 1 (welches wiederum Mathematik 1&2 voraussetzt) oder aber die Einführungsvorlesung von Prof. Mueller voraus". Sieh an, sieh an. Die Einführungsvorlesung von Prof. Mueller. Es ist wohl überflüssig hier nochmal zu erwähnen daß in der sogenannten "Einführung in die Mikroökonomie" nicht die gewöhnliche Differentialrechnung und schon garnicht die Differentialrechnung in mehreren Variablen auch nur ansatzweise verwendet geschweige denn erklärt worden ist. Kann es sein, daß hier ein paar Menschen vor lauter "Baumaufstellen" den Wald nicht mehr sehen?

Zwei Dinge möchte ich an der Vorgangsweise des Instituts kritisieren. Zum ersten ist das der Inhalt von Prof. Muellers "Einführung in die Mikroökonomie" LV. Die Vorlesung basiert auf dem Buch "Principles of Microeconomics" von R. Frank und B. Bernanke. Das Buch versucht auf eine etwas plumpe Art den/die durchschnittliche/n us-amerikanische/n highschool Absolventin/Absolventen den Begriffen und Problemen der Mikroökonomie näherzubringen. Soweit eigentlich auch sogut. Was dabei jedoch unangenehm auffällt ist die Art und Weise wie dies geschieht. Anhand von vielen kleinen Beispielen, welche aus "dem echten Leben" gegriffen scheinen, versuchen Frank und Bernanke dem Leser klarzumachen wie viele "praktische" Anwendungen die Mikroökonomie mit ihrer Nutzentheorie haben kann. Das erschreckende dabei ist, wie wenig die beiden dabei auf die ethischen Implikationen der Nutzentheorie eingehen. Schon in den ersten Kapiteln wird einem der Begriff des Nutzens hingeworfen ohne eine differenzierte Sichtweise dieser Theorie zu ermöglichen oder gar zu fördern. Stattdessen wird Seite für Seite suggeriert daß es ohnehin das beste ist alle potentiellen Aktivitäten in Dollar zu bewerten und gegeneinander abzuwiegen.

Zweitens ist es anhand des Hergangs der Geschehnisse nicht schwer zu erkennen von welchen Motiven die handelnden Personen geleitet werden. Es ist offensichtlich, daß versucht wurde zwei Lehrveranstaltungen, die ansich wenig mit der Mikroökonomie zu tun haben, zu quasi-Mikroökonomie Vorlesungen umzugestalten. Soweit es mir bekannt ist, ist das einzige Argument für diese Vorgehensweise jenes des Studien-erfolges. Dieser Argumentation folgend setzt die Mikroökonomie I LV im 3. Semester ein derart hohes Niveau voraus, daß es für alle VWL Studierenden unerläßlich ist, sich so früh wie möglich ein möglichst breites Fundament an Mikro-Kenntnissen anzueignen. Nur dieses würde den weiteren Studienerfolg garantieren. Meine Kritik richtet sich in diesem

Fall jedoch nicht gegen ein potentiell zu hohes Niveau der Mikro I LV, sondern gegen die Tatsache daß das "Niveau", die Breite, die "motivierende Energie" anderer LVs darunter leiden müssen. Im Gegenteil, ich möchte hier sogar, quasi von unbedachter Seite, den Gedanken anregen, daß der Schwierigkeitsgrad der Mikro I Vorlesung womöglich weniger mit dem tatsächlichen Inhalt als vielmehr mit einem gravierenden Mangel an didaktischen Fähigkeiten des entsprechenden Lehrpersonals zusammenhängen könnte. Dies würde meine bisherigen Erfahrungen mit den unterrichtenden Personen nicht gerade im Kern erschüttern.

Es erscheint mir aber wahrscheinlich, daß die Reduktion des Studieninhaltes nicht auf die didaktischen Mängel oder das Fehlen von kompetenten (Makro)Personal zurückzuführen ist, sondern eine mutwillige Aktion darstellt.

Mikro, Mikro und Mikro

NEUES UND ALTES VOM WIWI PERSONAL:

Nach der politikbedingten Karenzierung von Prof. Van der Bellen (nächstes Semester wird er aber vermutlich eine LV abhalten!) konnten die frei gewordenen Budgetmittel

Keuschnigg

dazu verwendet werden, einige Gastlehrveranstaltungen auf die Beine zu stellen. Darunter auch jene von Prof. Keuschnigg (Uni Saarbrücken), die erst durch eine Einladung von uns - nach einigem Druck gegenüber dem Institutsvorstand - zustande kam. Keuschnigg hält bei uns zwei zweistündige IUKs (den ersten dieses, den zweiten nächstes Semester) zu Fiskalpolitik im Rahmen von dynamischen Makromodellen (OLG, Infinit lebende Konsumenten mit Vererbungsmotiv).

Auf theoretisch recht anspruchsvollem Niveau, didaktisch aber sehr gut aufbereitet (Syllabus und Skriptum



[!!!] im Web unter www.wiwi.uni-sb.de/fiwi), wird die Wirkung von Besteuerungsmodellen, Staatsverschuldung, Pensionssystemen in dynamischen Modellen untersucht. Nächstes Semester stehen dann Themen wie Bildungspolitik, Arbeitslosigkeit und Kapitalmarktunvollkommenheiten (Externalitäten Probleme) auf der Intellektuellen Speisekarte. Hingehen empfohlen!

Streissler

Worüber sollen wir mit Egbert Dierker streiten? Über die Sinnhaftigkeit von irgendwelchen Fixpunktsätzen? Was sollen wir Nermuth diskutieren? Seine exzessive Liebe für griechische Buchstaben? Bei Erich Streissler ist das noch etwas anderes! Streissler, einer der letzten Professoren, der noch Wert auf einen gepflogenen Streit in seinen Lehrveranstaltungen legt, der es mit provokativen Thesen versteht, StudentInnen zu provozieren und zu einem lebhaften Diskurs zu ermuntern, wird in bälde in "Pension gegangen" (emeritiert). Die gute Nachricht: Vermutlich wird er auch im Ruhestand die eine oder andere Lehrveranstaltung abhalten. Nächstes Semester wird wohl noch ein Höhepunkt an streisslerscher old-school Lehre zu erwarten sein: Bei "Marx für Ökonom(inn)en" wird der 'Paleo-konservativ-liberale' sicher noch einmal zu

Höchstform auflaufen!!!

Nach einem(r) NachfolgerIn für Streissler wird seit Beginn dieses Jahres gesucht: Ein(e) MakroökonomIn muss her! Leider war das Feed-back auf die Stellenausschreibung nicht gerade umwerfend. In der engeren Auswahl um die Besetzung der Professur befinden sich nun:

Monika Buetler (Uni Lausanne; Vortrag: Do. 18.5. 16.00 Uhr; am IHS!),

Gerhard Sorger (Queen Mary & Westfield College; London; Sa, 27.5. 15.00 Uhr; SE1 - WiWi),

Klaus Wälde (Uni Dortmund; Mo, 22.5. 10.00 Uhr; SE1),

Mark Weder (HU-Berlin; Sa, 20.5. 15.00 Uhr; SE1) und

Josef Zweimüller (Uni Zürich; Sa, 27.5. 11.00 Uhr; SE1).

Links zu den einzelnen Leuten gibt's auf unserer Homepage (vwl.da.ru). Nach den Vorträgen werden wir dann in einer HörerInnenversammlung besprechen, wenn wir da favorisieren sollen...

Winckler

Professor Winckler ist seit diesem Semester Rektor unserer Universität (und hat als solcher schon recht vernünftige Stellungnahmen zu Politik und Wesen der neuen Regierung abgegeben - Applaus! Zu einigen aktuellen Äußerungen zur Bildungspolitik sagen wir jetzt' besser nix...). Für die Zeit seiner Amtsperiode wird nun ein(e) Nachfolger(in) gesucht, die Ausschreibungsfrist läuft aber noch!



Kerschbamer

Der Besitzer jenes schwarzen Fahrrades mit Kindersitz, das bei (fast) jeder Witterung den Eingang zum WiWi Institut verschönert, ist seit kurzem um einen Titel reicher: Aus Dr. Rudolf Kerschbamer wurde Dozent, bzw. ao. (Ausserordentlicher) Prof. Dr. Kerschbamer. Die Habilitation des Südtirolers war, aufgrund seiner hervorragenden Publikationen und seinen didaktischen Fähigkeiten, eine klare Sache - der RBK gratuliert!!!

Kaas

Ja ist denn das möglich?!? Jetzt hat es das Mikro... äh... Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Uni Wien doch tatsächlich gewagt, einen Makro-Assi zu holen! Dr. Leo Kaas, ist sein Name, geboren '69 (Wien), lange in Deutschland und nun über das IHS ans WiWi. Wo kommen wir denn da hin, wenn nun auch schon MakroökonomInnen ans Institut dürfen? Wird da wohl gar in einigen Jahren nicht nur vorwiegend Mikro und Industrieökonomie gelehrt und geforscht werden..

Neue Räume für die SoWi

GEWINNSPIEL

Weihnachtsmann, Osterhase, FV-WIN Team - gibt es sie wirklich? Mehrheiten und Machterhalt rechtfertigen alles. Dass das die Politik der neuen Bundesregierung ist, ist mittlerweile hinlänglich bekannt, dass aber auch die Aktionsgemeinschaft so handelt, ... nein, es überrascht uns eigentlich nicht wirklich. Um was geht's eigentlich: Dort, wo früher der SoWi-Gang war, befinden sich in Zukunft Büros der Uni-Leitung, die Schildburg war auf der Suche nach einem neuen Zuhause. Die sich dafür anbietenden Räume neben dem neuen Hörsaal 24 hätten uns - den SoWi Hauptgebäude - Studienrichtungsvertretungen - auch ganz gut gefallen,

nur entscheidet leider die ÖH-Universitätsvertretung über die Vergabe der Räumlichkeiten, und die widmete die Räume lieber der Fakultätsvertretung SoWi/WIN. Warum? Gute Frage! Verwendung hat die "FV WIN" anscheinend keine dafür, sie sind ja schließlich nie da.

Der Hintergrund ist natürlich folgender: Die ÖH Uni Wien wird (noch) von der ÖVP-nahen Aktionsgemeinschaft mehrheitlich regiert, ebenso wie die FV WIN, die sich allerdings fast nur aus StudentInnen des BWZ zusammensetzt, und daher nie am Hauptgebäude anwesend ist. Aber bevor die unabhängigen basisdemokratischen Studienrichtungsvertretungen diese Räume bekommen, bleiben sie lieber ungenutzt. Das ist das Service, das die AG meint. Zwecks Argumentation beruft man sich auf die Mehrheit in der Universitätsvertretung obwohl klar ist, dass die AG ganz einfach ihre Macht ausübt wo sie nur kann. Die Schildburg ist nun also in einem kleinen Kammerl neben dem Sportinstitut untergebracht, und die Räume neben dem HS 24 stehen - de facto - leer. Für dich erreicht, AG. Aber halt, manchmal bewegt sich dort doch was, ZeugInnen wollen sogar schon einmal Licht gesehen haben, die Gerüchteküche brodeln: Hat sich vielleicht in zwischen der Osterhase dort einquartiert, oder sind es nur UFOS? Oder vielleicht doch - gibt es sie wirklich - die FV WIN? Sachdienliche Hinweise, die zur Aufklärung beitragen, was hinter der geheimnisvollen Glastür neben dem HS 24 "für dich erreicht" wird, bitte in der Schildburg bekanntmachen. Und wer glaubhaft machen kann, das leibhaftige FV-WIN Team gesichtet zu haben, bekommt zur Belohnung bzw zur Beruhigung in der Schildburg ein Eis (solange der Vorrat reicht*)

*) solltest du dahinter einen Trick vermuten: wir haben ausreichend Eis eingekauft, nämlich neun Stück. Das sollte lang, lang reichen. Einen Haken hat die Sache schon: Es sind nur Brickerl, wir bekommen leider kein Geld von der ÖVP. Zumindest laut Rechnungshofbericht :-)

Osteuropa Kapitalismus (Live)

Bericht von einer Warschau Exkursion

Dienstag, 1. Februar 2000: Während Österreich eine neue Regierung sucht, befinden sich die TeilnehmerInnen des Proseminars "Transition Economics" samt LV-Leiter Uwe Dulleck auf der Suche nach dem Schlafabteil des D-Zugs Wien-Warschau. Nachdem wir ein Semester lang verschiedenste (theoretische) Aspekte von Transformationsökonomien betrachtet hatten, sollte nun das "lebende Objekt" vor Ort untersucht werden. In den Abteilen angekommen, werden Erwartungen über interessante aber hoffentlich nicht allzu stressige Tage in der Hauptstadt Polens ausgetauscht. Zweite Hoffnung sollte bald enttäuscht werden...

Mittwoch, 2. Februar:

Elf Stunden und etliche (pro Grenze etwa 3) ruppige Passkontrollen später rollen wir um 8:15 im Hauptbahnhof ein. Raus aus dem Zug, rein in die zwei Uni-Shuttel Taxis, hin zu unserer Unterkunft (Finanziert durch die Uni Warschau), rein in die Zimmern, keine Zeit für duschen (geschweige denn Frühstück), raus, wieder rein in die Taxis und um kurz vor 9:30 betreten wir die Polnische Nationalbank, wo sogleich unser erster Gesprächspartner in einem Vortrag einen kurzen Überblick über die Geldpolitik Polens startet. Crawling Peg, Nominal Anchor Policy und Hyperinflation. Kekse (Frühstück!) und irgendein süüüßes Ost-Cola. Nicht uninteressant. Ende 10:30. Raus in das kühle, nasse Grau und flott weiter. Die Gehsteige haben die Qualität der Via Appia. Sehr grau alles, jedoch einigermaßen beeindruckende Skyline. Alles westliche Konzerne und Banken. In einen der feschere Skyscraper verschwinden wir dann auch um im 30 (?) Stock kurz von Herrn Bauer, Chef (?) der CA-IB in Polen, angequatscht zu werden. Zwei jungen polnischen KollegInnen machen weiter. Die Rolle der CA-IB bei den (Voucher) Privatisierungen und verschiedenste Privatisierungsmethoden im allgemeinen werden besprochen. Sehr kompetenter Vortrag, dazu eine hervorragende Kombination aus Cafe (!) und Keksen (Frühstück!!!).

14:15 Mittagessen finanziert von der CA-IB. Nix Betriebskantine sondern Holiday Inn. Lecker. Sehr nettes Gespräch mit den zwei jungen, sympatischen InvestmentbankerInnen - in Wien würden wir vermutlich mit zwei arroganten WU-Absolventen da sitzen...

15:00 stressig zum Finanzministerium ("Das ist nicht weit, das können wir laufen...", einen Satz den wir von Uwe Dulleck noch öfter hören sollten). Dort wird uns der Vorteil einer Flat Tax erklärt, Umverteilung könne eh via Wirtschaftswachstum geschehen. Bis 2010 sollen

die Budgetausgaben auf 34% des BIP gesenkt werden (2000: 45%).

16:00 abMARSCH. Erstmals wird uns klar, das Uwe nicht wirklich gut Karten lesen kann ("Ich glaub wir sind da richtig..."). 17:00 PAIZ (Auslandsinvestitions Agentur). 18.30 Uni Warschau- Prof. Lukaszewicz (der etwa 300 Jahre alt gewesen sein muss): Sozialpolitik in Polen und Transformationsverlierer (Höret! So was gibts?!?). 20:00 Ende des ersten Vortrags-Tages. Allgemeine Erschöpfung. Kurzer Bummel durch die "Altstadt", Essen (keine Kekse), Bier und gute Nacht.

Donnerstag, 3. Februar:

7:45 (!) Frühstück, 8:30 abFAHRT (wir dürfen mit Öffis fahren!), kurzes Nichtfinden des Privatisierungsministeriums; dann plötzliches Dochfinden. 9:00 Vortrag von der jungen Marta Prus: Stand des Privatisierungsprozesses. Die in Wien für jeden Termin erarbeiteten Papiere (mit potentiellen Fragen) erweisen sich als nützlich (nicht nur bei diesem Termin). Sympatische Diskussion, Kekse, Cafe&Tee. 10:30 Abmarsch.

11:00. Herr Eggers, von einer Transformations-Beratungsagentur (Stelle der deutschen Bundesregierung), informiert uns, dass in Österreich eine "Koalition mit dem Haider" stehe. Kurzes Entsetzen. Danach Vortrag über die Erfahrungen bei Betriebsansiedlungen, Arbeitsvermittlungen, Schulungen, etc. Polnische Ex-Bäuerinnen werden nun in der Elektroindustrie zum Kabelflechten eingesetzt, "weil das eine ähnliche Handbewegung erfordert, wie - lachen Sie nicht - das Melken von Kühen!" Aha! (Natürlich auch Cafe und Kekse.)

15:00 Kammer der Kleinunternehmer.

16:30 (Nach kurzem obligatorischen Nichtfinden) Ankunft bei der RCB (Polnische Tochter der RZB). In einem gerichtssaalähnlichen Raum, wo früher vermutlich der Agrar-Sowjet tagte, ein Vortrag durch zwei junge Investmentbanker (bäuerlich/kleinbürgerliches Pendant zu den zwei sympatischen Menschen von der CA-IB). Kapitalismus scheint eine super Sache zu sein. Über die dringend notwendige Reform des Agrarsektors: "With a little PUNCH from the invisible hand..." Aha!

18:30. Direkt vom Klassenfeind zur OPZZ (der zweitgrößten polnischen Gewerkschaft). Es spricht ein alter (!) Funktionär auf polnisch - übersetzt von einem Junggewerkschafter. Dacht' ich mir doch: Marktwirtschaft ist doch nicht so toll. Wohnungsmarktp Probleme, Lohndifferenzen Stadt-Land, Pensionsreform, Reform des Gesundheitswesens...

19:45 Ende des zweiten Vortragstages. Der junge Übersetzer, wird gefragt, ob er nicht ein paar Lokale kenne. Es folgt eine interessante Beiseltour!

Direkt im Univiertel sind die Pubs schon um 20:00 überfüllt, da die meisten Lokale von der Kirche (oder Militär!) mit der Auflage, um 22:00 zu schliessen, subventioniert werden! Czeslaw Kulesza, PoWi Student, und auch in einer Post-Sozialistischen Kleinpartei engagiert, erweist sich als auskunftsfreudiger und interessanter Gesprächspartner - zu späterer Stunde auch als begeisterter Tänzer.

Freitag, 4. Februar:

7:irgendwas. Manche stehen besonders schwer auf. 9:00 im EU-Beitrittsbüro. Ein demotiviert wirkender Herr beklagt sich über die teilweise arrogante Haltung der EU. Ist die EU überhaupt schon bereit, für einen Beitritt (Insitutionenreform)? Polens Hauptproblem: der Agrarsektor.

11:00. In einem neuen Gebäudekomplex am Rande der Stadt berichtet Dir. Krezel von der ARP Industrie Entwicklungsentwicklungsagentur über Privatisierungen, Sonderwirtschaftszonen, Managementtransformation. "What about the 'old' management? They grew older..." Sehr gute Vortrag, guter Cafe, gute Kekse.

14:00. "Grüß Gott!" (mit unverkennbaren tiroler Dialekt). Der Leiter der Außenhandelsstelle, und drückt uns eine Online-APAMeldung aus. Kotz! Die MinisterInnenliste! ("Was ist ein 'Zukunftsministerium'? Was ist Sickl?") Dazu die Rolle österreichischer Unternehmen in Polen. Der Vize-Chef (der um einiges kompetenter wirkt, als sein Vorgesetzter) spricht schließlich noch über das Versicherungs- und Bankenwesen.

16:00. (Schwacher) Multimedia Vortrag einer höchst erfolgreichen polnischen Software Schmiede. Anschließend Diskussion zu Marktstruktur und Expansionsstrategien. 17:30 Ende der Vorträge!

Samstag, 4. Februar:

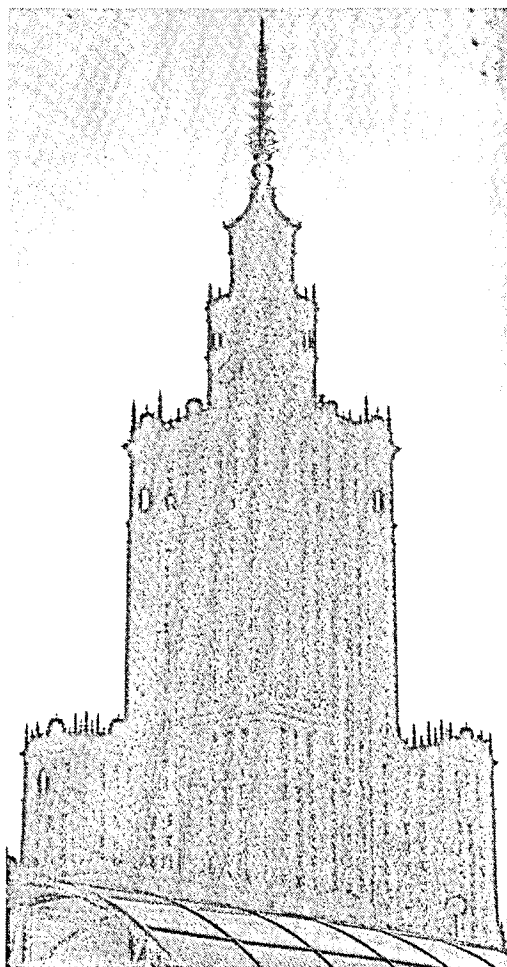
Ausschlafen. Abstecher in das ehemalige Fußballstadion 'X-lecia Polski Ludowej', heute angeblich größter Basar Europas (Natürlich können sich

VolkswirtInnen das Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage in so konzentrierter Form nicht entgehen lassen.) Nachmittags gemütlicher Stadtbummel. Polnische Zeitungen berichten über Zusammenstöße von Polizei und DemonstrantInnen irgendwo in Europa... Österreich?!? Vor der Heimfahrt werden die letzten Zlotys in "The Guardian" und "Die Zeit" investiert. Überall Coverthema Nr.1: FPÖVP, Demos, Widerstand. Elf Stunden und einige Stempel mehr in unseren Pässen wieder in Österreich, im "neuen" Österreich. Vom 'Kurier' Cover am Südbahnhof prangt in fetten Lettern: "Kein Ende der Krawalle in Sicht"...

Schlussbemerkungen

Das Programm das in Warschau absolviert wurde, brachte drei sehr anstrengende, stressige Tage. Andererseits konnte durch die vielen Gespräche mit den verschiedensten Stellen aus Politik und Wirtschaft ein tiefgehender Eindruck über die (wirtschaftspolitische) Stimmung in Warschau/Polen gewonnen werden. Es scheint großteils ein (überraschend unkritischer) Glaube an den Kapitalismus zu herrschen. Deregulierung und "Markt, Markt, Markt" lautet die Devise. In den verschiedenen Institutionen, seien es nun privatwirtschaftliche oder staatliche, war der Anteil der jungen Menschen erstaunlich hoch. Auch die Frauenquote in führenden Positionen scheint höher zu sein als in Westeuropa.

Nach dem theoretischen Teil des Transformationsökonomie Proseminars konnte die Exkursion einen Einblick in das Thema liefern, der durch keine Bücher hätte vermittelt werden können. So gesehen war das eine höchst erfolgreiche, interessante und dank dem Engagement von Uwe Dulleck auch finanziell sehr günstige (Sponsored by...) Exkursion, die gezeigt hat, wie 'angewandte Ökonomie' auch stattfinden könnte. Bitte mehr davon!



"Stalins Penis" - so nennen die Warschauer ihr ungeliebtes Wahrzeichen, den Kulturpalast (234m)

Amtsmissbrauch an der ÖH Uni Wien

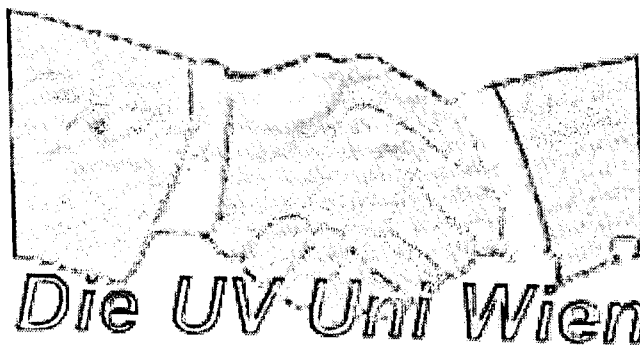
Skandal um die ÖVP Studentenfraktion Agitationsgemeinschaft

Amtsmissbrauch und Skandal titeln seit Jänner Medien von Format bis Kurier, WebStandard bis orf.at. Das wesentliche ist daher schon bekannt (oder sollte bekannt sein): Zwei Mandatare der ÖVP-Studierendenfraktion Aktionsgemeinschaft sind, da sie die Politik ihrer Fraktion nicht mehr mittragen konnten, aus der AG ausgetreten und haben sich mit fünf Fraktionen (GRAS, LSF, LUST, KSV, VSSTÖ) zu einem "Koalitionsbündnis" zusammengetan, das auch über eine Mehrheit in der Universitätsvertretung verfügt. Die daraus resultierende Abwahl der bisherigen ÖH-Uni-Wien-Vorsitzenden Angelika Obermayr(AG) konnte allerdings noch nicht erfolgen. Auf insgesamt vier Sitzungen brachte die Opposition gültige Anträge auf Abwahl des Vorsitzes ein, die jedoch von der Vorsitzenden rechtswidrig nicht zur Abstimmung gebracht wurden. Obermayr missbrauchte die Sitzungsleitung wiederholt und bewusst dazu, ihre Abwahl zu verhindern. Dabei setzte sie sich wissentlich und entgegen der ministeriellen Rechtsauskünfte über jegliche demokratischen Regeln hinweg. Um die Macht ihrer Fraktion in der UV zu halten, schreckte Obermayr selbst vor Methoden nicht zurück, die sie an den Rand der Kriminalität (und darüber hinaus?) brachten.

Obermayr ins Hefen?

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur beurteilte als Aufsichtsorgan der Österreichischen HochschülerInnenschaft per Bescheid vom 18. April 2000 das Verhalten von Obermayr als rechtswidrig. Das Ministerium hat gegen Obermayr eine Sachverhaltsdarstellung bei der Staatsanwaltschaft wegen des Verdachtes auf Amtsmissbrauch und des Verdachtes wegen falscher Beweisaussage vor einer Verwaltungsbehörde einbringen

Nach den Aussagen von Martin Faißt (ÖVP Aktivist und Vorsitzende der Bundes-ÖH), der sich eine "geile" Bildungspolitik von der neuen Regierung erwartet, und sonst auch recht lobende Wörter für FPÖVP fand, zeigt diese Geschichte wiederum das wahre, rechtskonservativ/bürgerliche Gesicht der AG - WEG MIT IHNEN!!!



P.S. Wer ein Interview mit Obermayr hören möchte: <http://strike.action.at/> hat

eine recht interessante RealAudio Datei ins Netz gestellt...

RECHNUNGSHOFBERICHT

Schön langsam muss es doch wirklich allen klar sein! Mit der Unabhängigkeit der Aktionsgemeinschaft ist es nicht weit her. Rechtliche Selbständigkeit bedeutet noch lange nicht Unabhängigkeit. Der Rechnungshof stellt fest: Die ÖVP überwies in den Jahren 1995 bis 1997 an drei der Partei nahe stehende, jedoch rechtlich selbständige Organisationen ("Kulturmaschine - Verein für Kulturpolitik", "Österreichische Schülerunion" und "Aktionsgemeinschaft") insgesamt rd. 8,2 Mill. S. Die Verwendung dieser Mittel war belegmäßig nachgewie-

sen. Im Bundesorganisationsstatut der ÖVP waren die angeführten Zahlungsempfänger nicht als Teilorganisationen der Partei enthalten.

Wenn die derzeitige AG-ÖH Exekutive in ihrem Magazin Scope schreibt, dass die Position der Bundes-ÖH zur Regierung "kompliziert" ist, so stimmt das sicher. Es ist sicher schwierig zu verbergen, dass AG und Regierung an einem Strang ziehen, es ist sicher schwierig zu verbergen, dass bei einigen AG FunktionärInnen die politischen Karrieren in der ÖVP vor die Interessen der Studierenden gestellt werden!

BEIGEWUM

Beirat für gesellschafts-, wirtschafts-
und umweltpolitische Alternativen

Postfach 162, A-1015 Wien E-Mail: beigewum@iname.com Homepage: <http://www.wu-wien.ac.at/inst/roman/beigewum>

Wer sind wir? Der Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM) ist eine Gruppe von SozialwissenschaftlerInnen aus dem links-alternativen Bereich, die sich 1985 als Verein konstituiert hat. Der Name ist eine parodistische Anlehnung an das zentrale wirtschaftspolitische Organ der österreichischen Sozialpartnerschaft, den „Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen“. Analog dazu versteht sich der BEIGEWUM als „Beratungsorgan“ für politisch Aktive in Sachen Kritik und Alternativen.

Was wollen wir? Ziel des BEIGEWUM ist es, Ergebnisse kritischer sozialwissenschaftlicher Forschung in die öffentliche Debatte einzubringen. Der Verein versteht sich als offene Plattform - Mitarbeit bei bestehenden und Vorschläge für neue Projekte sind jederzeit willkommen.

Themenschwerpunkte: Schwerpunkte der bisherigen BEIGEWUM-Tätigkeit waren polit-ökonomische Fragestellungen, vor allem im Bereich europäischer Integration, Arbeit, Verteilung, Machtverhältnisse, Ökologie, Nord-Süd-Beziehungen und Geschlechterverhältnis. Unsere letzten Publikationen: „Der NAP ist da! Wo bleiben die Jobs?“ (Wien 1998), „Wege zu einem anderen Europa“, (PapyRossa Verlag Köln 1997), „Was hat der Euro mit den Arbeitslosen zu tun?“ (Wien 1996).

Kurswechsel

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts-
und umweltpolitische Alternativen

<http://www.wu-wien.ac.at/inst/roman/beigewum/kw.htm>

☞ Heft 1/2000: Antirassismus: Positionen und Widersprüche

Materialien zu einem bislang weitgehend unerforschten Terrain: Gegenstrategien zu rassistischer Diskriminierung aus der Sichtweise von Betroffenen.

Mit Beiträgen von Caroline Grandperret, Araba Johnston, Hans Pühretmayer u.a.

☞ Heft 2/2000: Leitbild Unternehmer - Neue Selbständige, Wettbewerbsstaat und Gesellschaftspolitik

„Unternehmerisches“ Verhalten ist zum positiven Leitbild für alle Lebensbereiche geworden: Was heißt das für Gesellschaftspolitik und die Organisation der Ökonomie?

Mit Beiträgen von Nikolas Rose, Joachim Hirsch, Jörg Flecker, Eva Angerler u.a.

☞ Heft 3/2000: Osteuropa zwischen Integration und Desintegration

Welche Auswirkungen hat die EU-Osterweiterung auf die Entwicklung der inner- und zwischenstaatlichen regionalen und sozialen Unterschiede in Osteuropa und welche Rückwirkungen auf die EU?

Mit Beiträgen von Zsuzsa Ferge, Ursula Filipic, Laszlo Andor u.a.

☞ Heft 4/2000: Die große Wirtschaftskrise?

Mit Beiträgen von Kurt Hübner, Jean-Francois Vidal, Joachim Becker u.a.

"Osteuropa zwischen Integration und Desintegration"

Internationale Tagung und Workshop am
26./27. Mai 2000

im Bruno Kreisky Forum
(Armbrustergasse 15, 1190 Wien)

Themen:

- Die Erweiterungsstrategie der EU - eine kritische Bestandsaufnahme
- Hat die Systemtransformation die MOEL-Staaten optimal auf den EU-Beitritt vorbereitet?
- Interessen und Strategien osteuropäischer Beitrittskandidaten bei der EU-Erweiterung
- Zusammenhang zwischen Westintegration bzw. -orientierung der MOEL-Staaten und Desintegrationseffekten.
- Reformen im Sozial- und Pensionsbereich als "Experimentierfeld" für Westeuropa
- "Der Osten" als konstruierte Bedrohung: Politische und sozialpsychologische Effekte des Grenzregimes nach Innen

Mit Laszlo Andor, Kazimierz Laski, Ursula Filipiè, Zsuzsa Ferge, Milan Buèek, József Szatmári, Josef Baum, Peter Steyrer, Karin Liebhart u.a.

Nähere Infos demnächst auf
<http://www.wu-wien.ac.at/inst/roman/beigewum>

Jahresabo: 300 öS (Studierende: 180 öS), Einzelheft: 145 öS.

Bestellungen an: Sonderzahl Verlag,
Große Neugasse 35, A-1040 Wien,
Fax 586 80 704, oder per E-Mail:
beigewum@iname.com



StRV VWL

Web: <http://vwl.da.ru>

Mail: vwl@gmx.at, oder
vwl@lili.at

Der Rote Börsenkrach

Web: <http://www.lili.at/rbk>

Mail: rbk@lili.at

LiLi - Linke Liste

Web: <http://www.lili.at>

Mail: lili@egroups.com

Alle:

Schildburg, Dr. Karl-Lueger

Ring 1, 1010 Wien

Tel. 4277-19634

Fax. 4277-19633

Der Name **ROTE BÖRSENKRACH (RBK)** bezeichnet nicht nur diese Zeitung sondern ist auch der Name der **Basisgruppe Volkswirtschaft** an der SoWi-Wien. Wir sind eine Basisgruppen der Uni Wien und treffen uns (und Dich?)...

**...jeden zweiten Mittwoch
um 18h in der Schildburg.**

Das nächste Plenum findet am 24. Mai statt.

Das Plenum ist offen für alle, die sich dafür interessieren, was in und über Lehrveranstaltungen hinaus noch an der SoWi passiert, bzw. passieren sollte/könnte!

Über Studiumsrelevantes hinaus steht der ROTE BÖRSENKRACH aber auch für eine offene Bereitschaft, sich mit gesellschaftlich relevanten Themen, politischem Diskurs und allen anderen Geschehnissen außerhalb der "heiligen Hallen" (sic!) der Universität auseinanderzusetzen.

Gemeinsam mit der *Basisgruppe Soziologie (SOWISO)* und der *Bagru Wirtschaftsinformatik (BiT)* formt der RBK auf Fakultätsebene die *LiLi - Linke Liste*.